

Welt Kompakt, 28. August 2006

Mülheim - In der Affäre um den NRW-Wirtschaftsstaatssekretär Jens Baganz und die mit ihm verbandelte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BPG gerät der CDU-Politiker weiter unter Druck. Es geht um Beratungen der BPG in Mülheim, die von Baganz in seiner damaligen Position als Oberbürgermeister der Ruhr-Gemeinde eingestiegt wurden.

Nach Informationen der Welt Kompakt bereitet die Stadt derzeit eine Schadensersatzklage gegen das Düsseldorfer Unternehmen vor. In einem vertraulichen Bericht heißt es, in den Jahresabschlüssen kommunaler Tochterfirmen, die von der BPG betreut worden waren, seien "eine Vielzahl von Unstimmigkeiten festgestellt worden". Zum Beispiel habe die BPG Fehler bei der Übertragung von städtischen Gesellschaften auf die Beteiligungsholding Mülheim (BHM) gemacht. Der Holding sei schriftlich die Auskunft erteilt worden, es sei "ohne Relevanz", ob die Betriebe zum 31. Dezember 2003 oder zum 1. Januar 2004 überschrieben würden. Die Folge laut Bericht: Steuernachforderungen in ungenannter Höhe. In diesem Fall werde "gegen die BPG (...) Klage erhoben", heißt es in dem Bericht weiter. Intern werden Verhandlungen zwischen Stadt und BPG über Schadensersatz bestätigt. Offiziell wollten weder ein Sprecher der Stadt, noch die BPG den Vorgang kommentieren. Für die Mülheimer CDU ist Baganz unter anderem wegen seiner engen Beziehungen zur BPG kaum noch tragbar.

Die Berater waren in der Amtszeit von Baganz nach Mülheim gekommen. Als Bekannte der Baganz-Geliebten und Beraterin, Ute Jasper, hatten sich die Wirtschaftsprüfer etliche Aufträge beim Verkauf von städtischen Unternehmen gesichert. Nach einem Bericht des Mülheimer Rechnungsprüfungsamtes kassierte die BPG allein 268.000 Euro für die Beratung der Städtischen Entwässerungsbetriebe. Die Prüfer stellten fest, dass die Aufträge ohne Ausschreibung vergeben worden seien.

Baganz musste im November 2002 zurücktreten, weil die Affäre des verheirateten Familienvaters mit seiner Beraterin Jasper bekannt geworden war. Die Anwältin hatte laut Rechnungsprüfungsamt 2214 Stunden und 45 Minuten unter Baganz gearbeitet. Die Stunden hätten "zum Teil wegen fehlender Einzelnachweise" keiner Leistung zugeordnet werden können. In einem Schreiben an die Stadtspitze befürchteten die Beamten, "dass strafbaren Handlungen (...) begangen worden sind." Und rieten zur Strafanzeige.

Nach seinem Rücktritt blieb Baganz der BPG treu. Gemeinsam gründeten die Vertrauten die neue Beratungsfirma Econopolis. Erst als Staatssekretär verkaufte Baganz seine Econopolis-Anteile an die BPG. Damit war aber der Kontakt nicht abgerissen. Wenige Monate später erhielt die BPG ohne Ausschreibung einen Vertrag als Baganz-Beraterin in den "Kohlegesprächen" der Landesregierung mit der RAG zu deren Börsengang. Das Wirtschaftsministerium kündigte diese Verträge, nachdem die Verflechtungen der BPG mit Baganz bekannt geworden waren.

“Watt eigentlich is `en Bagganz?“ fragt ein Mülheimer Bürger, der sich Chefproll nennt, und erklärt das im Stil von Herbert Knebel auf Tonträger. 9 Minuten Volkes Meinung zu Baganz als mp3-Datei (2,15 MB) zu hören über www.mbi-mh.de/Baganzia.mp3

Hauptthema letzte Woche in Düsseldorf war der geplante Börsengang der RAG. Der Mülheimer ex-Minister und RAG-Chef Müller stellte per Gutachten nochmals sein Konzept vor: Die profitablen Teile an die Börse und eine Stiftung ist für Bergbaufolgen und Altlasten zuständig. Wenn dieses Milliardenprojekt für NRW schlecht läuft, dann gute Nacht.

Auf Seiten des Landes dafür zuständig ist Staatssekretär Baganz, der sich just für den RAG-Riesendeal die BPG als Berater hinzug. Als Mülheimer sind wir gebrannte Kinder, denn Baganz, Jasper & die BPG von Herrn Kraushaar traten hier eher als Trio Infernale auf und hinterließen ein heilloses Chaos bei massiven Fehlberatungen und Riesenverlusten für unsere Stadt.

Also bestens geeignet für das größte Geschäft des Landes? Ministerin Thoben spricht Baganz noch das Vertrauen aus, wenn das auch an das Ehrenwort mancher Nordlichter erinnert.

"Er hat die Dimension politisch falsch eingeschätzt", urteilte Christa Thoben im Wirtschaftsausschuss des Landtages. Rechtlich sei die Auftragsvergabe allerdings nicht zu beanstanden gewesen. Und auch ihr Vertrauensverhältnis zu Baganz sei nicht gestört, versicherte die Ministerin. Die SPD nannte Baganz einen "Staatssekretär auf Abruf". Die Koalitionsfraktionen konterten: Die Opposition baue lediglich einen "Popanz" auf.

Genau: das war ein Spitzname für J.B. während seiner OB-Tätigkeit im regnum interruptum in Mülheim. Unabhängig von der Frage, warum und wie lange Baganz, alias Dr. Popanz, noch toben darf (in alter Rechtschreibung: noch bei Thoben ...), muss die BPG dringendst auf den Prüfstand. Die Beraterfirma BPG trat in Mülheim immer zusammen mit der Anwältin und Baganz-Geliebten Jasper auf, die bekanntlich als Hoflieferantin Daueraufträge von J.B. bekam und einen Riesenscherbenhaufen hinterließ in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe. Beteiligt fast immer: die BPG. Deshalb die MBI-Anfrage, genau aufzulisten, an welchen Aufträgen die BPG seit dem Jahre 2000 in Mülheim im einzelnen mitgewirkt hat, wie viel Honorar sie jeweils bekommen hat und welche Ergebnisse - bzw. Folgekosten oder nicht eingetretene Beratungsergebnisse - für die Stadt aus der jeweiligen Beratung (bzw. Fehlberatung) geblieben sind.

Bisher bereits bekannter Schaden:

- Mindereinnahmen beim RWW-Verkauf von ca. 80 Mio DM wegen wettbewerbswidriger Vergabe an RWE (preferred bidder),
- Schulden MEG wegen hochkarätiger Fehlberatung (Veraschungsrechte Karnap, Vergärungsanlage) von mind. 10 Mio DM und Mindereinnahmen von weiteren bis zu 10 Mio DM wegen vergaberechtswidrigem Verkauf an Trienekens (5,4 Mio DM Veräußerungserlös, obwohl der Markt ca. 15 DM geboten hätte)
- Verzögerung Abwasserverkauf um Jahre und Mindereinnahmen von ca. 20 Mio Euro wegen nicht realisierbarem Verkaufsmodell (Beistellmodell) von Jasper & BPG. Folge war der Zusammenbruch des Schulsanierungsprogramms in 2003, weil die fehlberatenen Verkaufserlöse im Haushalt als Gegenfinanzierung eingestellt waren.
- Nachforderungen Finanzamt an die Gasgesellschaft medl für die 94% MVG-Anteile von mind. 10 Mio Euro (Stand Sept. 05!), bis heute ungeklärt. *"Im Dschungel des Steuerrechts hat sich die Stadt offenbar erneut verirrt: 3,5 Mio E versprochene und erwartete Steuerersparnis muss sie bei der Gründung der Mülheimer Verkehrsgesellschaft MVG in den Wind schreiben."* (WAZ vom 26. Juni 03). Jasper & BPG hatten vergessen, den Antrag beim Finanzamt zu stellen.
- Und was alles noch? Das Dreigestirn BJK (Baganz & Jasper & Kraushaar) war u.a. noch tätig bei
 - mißglückter Verkaufsversuch RWE-Aktien (mehrere 100 Mio wert)
 - mißglückter Crossborder-Leasing-Versuch bei Straßen- und U-Bahnen
 - Fachmarktzentrum Heifeskamp incl. Verkauf der Grundstücke von MEG + Abwasserbetrieb
 - Neubau zweier Sporthallen, die die Stadt selbst finanzieren musste, nachdem Jaspers` Betreibermodell sich als Flop und völlige Fehleinschätzung erwies
 - Pachtvertrag Stadthalle für die MST, der sich ebenfalls als nicht realisierbar erwies, so dass dann die Stadthalle der MST übertragen wurde
 - Auflösung der Btmh (Betriebe der Stadt MH), zu der vor der MVG-Gründung neben dem ÖPNV alle Aktien und Beteiligungsgesellschaften der Stadt gehörten: Bis heute nicht abgeschlossen, weil mit schweren Fehlern und Unwägbarkeiten gespickt, u.a. Steuerschulden, aber auch die ungeklärte Zukunft von Kraftwerk Raffelberg, Tiefgaragen, Hafenbahn, Weiße Flotte. Schaden bisher nicht bezifferbar, aber riesig.
- und, und, und wie der Welt-Artikel oben zeigt